

Presse-Versorgung: 4,3 Prozent

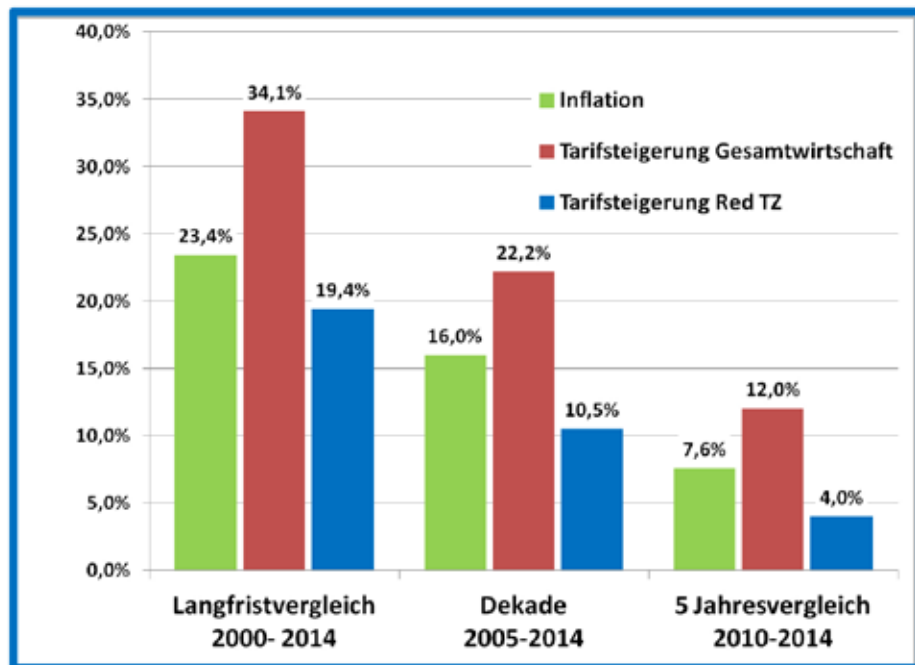
Das Versorgungswerk der Presse hat mitgeteilt, dass die Vertreterversammlung der Versicherten am 8. Dezember über die Gewinnbeteiligung für das kommende Jahr entschieden hat.

Mit einer Gesamtverzinsung von 4,3 Prozent bietet die Presse-Versorgung in der Produktvariante „Perspektive“ ihren Kunden auch 2016 eine weit überdurchschnittliche Gewinnbeteiligung. Die 4,3 Prozent setzen sich zusammen aus einer laufenden Verzinsung von 3,4 Prozent sowie einer Schlusszahlung von 0,9 Prozent. Auch bei den klassischen Produkten steht die Presse-Versorgung mit einer Gesamtverzinsung von vier Prozent in 2016 weiterhin ganz vorne im Markt.

Trotz weiter rückläufiger Kapitalmarktzinsen erhielten die Kunden des Versorgungswerks damit wieder eine attraktive Gewinnbeteiligung. Kein anderes Vorsorgeprodukt bietet gegenwärtig bei ähnlicher Sicherheit bessere Renditen als eine private oder betriebliche Rentenversicherung.

Link zum Versorgungswerk der Presse:

www.presse-versorgung.de



Quelle: Statistisches Bundesamt

dju-Tarifforderung Tageszeitungen:

Unverschämt: dju fordert 5 Prozent mehr Geld!

Ist es unverschämt, für Zeitungsjournalisten eine Tarifierhöhung von 5 Prozent zu fordern und für Kolleginnen und Kollegen mit wenigen Berufsjahren eine stärkere Anhebung der Gehälter von mindestens 200 Euro monatlich? Die dju-Tarifkommission meint: Nein!

Aber wir stehen auch nicht verschämt in der Ecke und betteln um Almosen: Denn Zeitungsjournalisten haben zu wenig Gehaltsplus in den letzten Jahren erhalten. Egal, ob in den letzten fünf, zehn oder fünfzehn Jahren. Insgesamt liegt die Gehaltserhöhung hinter der Inflation und weit hinter der durchschnittlichen Tarifentwicklung aller Branchen zurück.

Ist es unverschämt, eine Mindesterhöhung von 200 Euro zu fordern? Sicher nicht! Denn neu eingestellte Kolleginnen und Kollegen erhalten jedes Jahr geringere Jahresleistungen und Urlaubsgeld. Für die Redaktionen in Norddeutschland gilt seit 2014 generell ein abgesenktes Weihnachts- und Urlaubsgeld.

Ist es unverschämt, ein deutliches Honorar-Plus zu fordern? Pauschalisten in Zeitungsredaktionen und Text-/Foto-Freie haben geringe Jahreseinkommen, jedenfalls aus ihren Zeitungs-Aufträgen. Gleichzeitig sind Redaktionen auf die Mitarbeit von Freien angewiesen. Enthaltensamkeit führt in die falsche Richtung, nur wenn Freie auch an der Tarifentwicklung teilhaben, können sich auch Profis leisten, für Zeitungen zu arbeiten. Pauschalisten müssen effektive Erhöhungen bekommen.

Zu Ende 2015 sind die Tarifverträge über die Gehälter und Honorare gekündigt, über diese und die Forderungen der dju in ver.di wird demnächst verhandelt.

Darum: Mitglied werden!

Das gilt im Übrigen auch für Verlage ohne Tarifbindung, deren Zahl nach wie vor steigt und deren Geschäftsführungen nicht im Traum an Haustarifverträge oder eine Rückkehr in die Tarifbindung denken, wenn ihnen nicht eine gut organisierte Belegschaft ihre Argumente dafür ständig in Erinnerung ruft und Druck aufbaut.

Auch darum: Mitglied werden!

Denn wer war's? Wir waren's!

Mehr über uns: www.dju.verdi.de



23. JANUAR 2016
10-17 Uhr
29. JOURNALISTENTAG
SHIT & CANDY
Die neue Währung für den Journalismus?
29. Journalistentag in Berlin:
Ausführliche Infos und Anmeldung:
www.dju.verdi.de/journalistentag



Foto: ver.di
Wer aktuell informiert sein möchte, kann sich hier für den dju-Tarifnewsletter anmelden:
www.dju.verdi.de/geld/tarif-news

Südwest Presse Hohenlohe:

Zurück in den Tarif!

ver.di begrüßt die Ankündigung der Südwest Presse Hohenlohe GmbH & Co. KG, Anfang nächsten Jahres dem Verband Südwestdeutscher Zeitungsverleger (VSZV) beitreten und so Tarifbindung herstellen zu wollen. Geschäftsführer Thomas Radek hatte dies während einer Betriebsversammlung in Gegenwart von ver.di-Gewerkschaftssekretär Wolfgang Haupt erklärt.

Die Südwest Presse Hohenlohe ist eine Tochtergesellschaft des Ulmer Südwest Presse Konzerns, in der in diesem Jahr die Verlage von Hohenloher Tagblatt (Crailsheim), Haller Tagblatt (Schwäbisch Hall) und Gaildorfer Rundschau zusammengeführt wurden und die derzeit nicht tarifgebunden ist. Dass es die Zusicherung des Geschäftsführers gab, führt Wolfgang Haupt allerdings nicht nur auf die Einsicht der Geschäftsführung zurück. „Hier war auch wichtig, dass ver.di nach der Ausgliederung neue Mitglieder gewonnen hat, die aktiv daran gearbeitet haben, die Tarifbindung wiederherzustellen.“ Deshalb werden die Beschäftigten selbstverständlich genau darauf

sehen, ob die Zusage des Verlages auch eingehalten wird.

Link zur Internetseite des ver.di-Landesfachbereichs Baden-Württemberg:

www.medien-kunst-industrie-bawue.verdi.de



Bildung:

JAV-Schulungen 2016

Auch im Jahr 2016 bietet ver.di wieder Schulungen für JAV-Mitglieder an.

Außerdem findet vom 2. bis 4. Mai 2016 in Naumburg die bundesweite JAV-Konferenz zum Thema Öffentlichkeitsarbeit statt.

Ausführliche Infos:

www.verlage-druck-papier.verdi.de



Spiegel:

Zukunftsprojekte, aber Abriss im Verlag

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat den geplanten Stellenabbau im Spiegel-Verlag scharf kritisiert. „Man kann nicht zahlreiche Zukunftsprojekte im Verlag starten und gleichzeitig zum Abriss übergehen“, sagte ver.di-Landesfachbereichsleiter Martin Dieckmann. Das Signal, dass der Verlag damit aussende, sei verheerend für den Spiegel als Marke und Unternehmen.

Am 1. Dezember hatte der Verlag bekannt gegeben, dass bis Ende 2016 eine Summe von 15 Millionen Euro eingespart werden soll. Dies soll unter anderem durch den Abbau von

insgesamt 150 Vollzeitkräften, dies entspricht etwa 200 Stellen, vorrangig in den Verlagsabteilungen, aber auch in Redaktion und Dokumentation geschehen.

„Für eine Neuausrichtung ist der Spiegel-Verlag wirtschaftlich stark genug, um auf Kündigungen und Stellenabbau zu verzichten“, sagte Dieckmann. ver.di werde sich aktiv für „Alternativen zum Abriss“ einsetzen.

Link zum ver.di-Landesfachbereich Nord:

www.medien-kunst-industrie-hamburg.verdi.de

Kartellamt verhängt Geldbußen

Das Bundeskartellamt hat Geldbußen in Höhe von insgesamt 12,44 Millionen Euro gegen drei Unternehmen - Herausgeber von Anzeigenblättern in der Region Dresden und Chemnitz - und deren Verantwortliche verhängt. Den Unternehmen wird vorgeworfen, verbotene Absprachen über die Einstellung miteinander konkurrierender Anzeigenblätter getroffen zu haben.

Bei den betroffenen Unternehmen handelt es sich um die Chemnitzer Verlag und Druck GmbH & Co. KG, Chemnitz, die WM Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH & Co. KG, Monschau, sowie die Dresdner Druck & Verlagshaus GmbH & Co. KG, Dresden. Die Chemnitzer Verlag und Druck GmbH & Co. KG ist eine Tochtergesellschaft der Medien Union GmbH, Ludwigshafen. An der Dresdner Druck & Verlagshaus GmbH & Co. KG ist mehrheitlich die Gruner + Jahr GmbH & Co KG, Hamburg, beteiligt.

Die Unternehmen haben sich darüber verständigt, dass das in der Region Chemnitz von der Dresdner Druck & Verlagshaus GmbH & Co. KG und der WM Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH & Co. KG herausgegebene Anzeigenblatt „WochenSpiegel Sachsen“, welches im Wettbewerb mit dem Anzeigenblatt „Blick“ der Chemnitzer Verlag und Druck GmbH & Co. KG stand, eingestellt wird. Im Gegenzug sagte die Chemnitzer Verlag und Druck GmbH & Co. KG zu, ihr in Dresden erscheinendes Anzeigenblatt „Sächsischer Bote“ zugunsten der dort erscheinenden Anzeigenblätter von WM Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH & Co. KG („Wochenkurier“) und Dresdner Druck & Verlagshaus GmbH & Co. KG („DaWo“ und „FreitagsSZ“) einzustellen.

Andreas Mundt, Präsident des Bundeskartellamtes: „Den Verlagen war bewusst, dass die koordinierte Stilllegung der Anzeigenblätter als sogenannter Abkauf von Wettbewerb kartellrechtlich verboten ist. Durch die Einstellung von jeweils einem der konkurrierenden Anzeigenblätter wurden die Verbreitungsgebiete Dresden und Chemnitz untereinander aufgeteilt. Die Unternehmen wollten so den bislang untereinander bestehenden Wettbewerbsdruck umgehen.“

Die Ermittlungen des Bundeskartellamtes waren durch einen Hinweis aus dem Markt eingeleitet worden. Im Juni 2015 durchsuchte das Bundeskartellamt Standorte der drei Unternehmen. Mit allen genannten Unternehmen sowie den verantwortlich Handelnden wurde eine einvernehmliche Verfahrensbeendigung erzielt. Die drei Unternehmen haben bei der Aufklärung des Sachverhalts mit dem Bundeskartellamt kooperiert und dementsprechend eine Ermäßigung der Bußgelder erhalten. Die verhängten Geldbußen sind noch nicht rechtskräftig. Gegen die Bescheide kann Einspruch eingelegt werden, über den das Oberlandesgericht Düsseldorf entscheiden würde. **PM**

Link zur vollständigen Pressemitteilung:

<http://tinyurl.com/gsek2un>

Madsack:

Protest bei der „Ostsee-Zeitung“ gegen Sparpläne

Personalkürzungen trotz stabiler Millionenengewinne? Madsack-Konzernchef Thomas Düffert aus Hannover muss sich bei seinem Besuch in Rostock kritische Fragen gefallen lassen.

Mit einer Kundgebung unter dem Motto „Wie viele Millionen wollt ihr noch?“ haben Mitarbeiter der „Ostsee-Zeitung“ (OZ) am 7. Dezember vor dem Medienhaus in der Rostocker Innenstadt gegen Pläne zum massiven Personalabbau protestiert. Anlass war der Besuch von Madsack-Konzernchef Thomas Düffert in Rostock, der auf einer Veranstaltung das Sparkonzept verteidigte. Der Madsack-Konzern mit Hauptsitz in Hannover, dessen größter Einzelgesellschafter die SPD-Medienholding ddvg ist, beherrscht die „Ostsee-Zeitung“. Symbolisch steckten die Protestierenden Millionen-Euro-Scheine in eine Spendenbox, um auf den Widerspruch zwischen der guten wirtschaftlichen Lage des Blattes und den angekündigten Maßnahmen aufmerksam zu machen.

Das Konzept „Madsack 2018“ sieht den Abbau von Stellen an den einzelnen Standorten und die Verlagerung von Aufgaben in die niedersächsische Zentrale des Konzerns vor. In einem ersten Schritt sollen in den OZ-Redaktionen zwischen Usedom und Grevesmühlen rund 30 Stellen entfallen. Es droht die Gefahr, dass die bislang überdurchschnittlich gute Auflagenentwicklung künftig Schaden nimmt, ähnlich wie bei anderen Madsack-Titeln. Der rabiate Sparkurs ist umso unverständlicher, weil die „Ostsee-Zeitung“ – mit einer Auflage von rund 150000 Exemplaren die größte Tageszeitung in Mecklenburg-Vorpommern – seit Jahren sta-



Symbolische Millionen-Spenden für Madsack.

Foto: Herbert Steinfert

bile Gewinne in Millionenhöhe ausweist. „Mit dieser soliden Basis kann man den Strukturwandel zum digitalen Geschäft gemeinsam mit den Beschäftigten in Angriff nehmen, statt sie möglichst schnell loswerden zu wollen“, stellte Dörte Kutzner für verdi fest.

Als Reaktion auf den Umbruch in der Medienlandschaft haben verdi, DJV und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) die Initiative „Unser Land braucht seine Zeitungen. Qualität und Vielfalt sichern“ ins Leben gerufen.

In diesem Rahmen fordern sie eine Überarbeitung des Landespressegesetzes, um unter anderem mehr Transparenz über Besitz- und Beteiligungsverhältnisse in den Medienunternehmen zu schaffen. Mehrere tausend Bürger haben das Anliegen bereits mit ihrer Unterschrift unterstützt.

Weitere Informationen zur Initiative:
www.qualitaet-und-vielfalt-sichern.de

ddvg jetzt Alleingesellschafter

Die SPD-Medienholding Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft (ddvg) will zum 1. Januar 2016 den von der J.D. Küster Nachf. GmbH & Co KG gehaltenen Minderheitenanteil (42,5 Prozent) am Verlags- und Druckhaus der „Neuen Westfälischen“ übernehmen.

Die ddvg hält bisher 57,5 Prozent am Medienunternehmen, das in Bielefeld unter anderem die Tageszeitung „Neue Westfälische“ herausgibt. „Der Inhaber der bisherigen Mitgesellschafterin, Herr Wolfgang Kaeller, hat sich aus persönlichen Gründen zum Verkauf seines Anteils entschlossen und wird mit dem Übergang der Anteile auch aus der Geschäftsführung ausscheiden“, heißt es in einer Hausmitteilung.

Das Bundeskartellamt hat der Übernahme am 14. Dezember zugestimmt.

Ausführlich berichtete die „Neue Westfälische“ über den Wechsel bei den Eigentümern.

Link zum Artikel:

<http://tinyurl.com/gm9s8d5>

SPD-Medienholding:

Bei der ddvg klingelte die Kasse

Die SPD-Medienholding ddvg hat nach Medienberichten im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014 einen Jahresüberschuss von 6,4 Millionen Euro (2013: 7,3 Millionen Euro) erwirtschaftet. Die SPD erhielt eine Ausschüttung von 1,5 Millionen Euro. Für 2015 erwarte die Holding einen stabilen Geschäftsverlauf.

„Wir arbeiten weiter daran, uns in einem schwierigen Markt zu behaupten. Das Jahresergebnis 2014 bestärkt uns darin, diesen Weg fortzusetzen, auch wenn er manchmal unbequem ist“, zitiert die Parteizeitung „Vorwärts“ ddvg-Geschäftsführer Jens Berendsen. Unbequem war es vor allem für die Beschäftigten der Verlage, an denen die ddvg beteiligt ist. Im öffentlichen Fokus der vergangenen Monate standen - und werden auch weiterhin - die Stellenstreichungen bei Madsack stehen. An dem Verlagshaus ist die ddvg mit 23,1 Prozent beteiligt. Dort wird die Druckerei 2017 geschlossen, 170 Arbeitsplätze gehen verloren, die Druckaufträge soll die tariffreie Druckerei Oppermann übernehmen. Im Jahr 2014 wur-

de auch das Kunden-Service-Center von Madsack geschlossen. Die Beschäftigten hatten 115 Tage für einen Haustarifvertrag gestreikt. Dann wurden sie von Madsack kalt abserviert: Die Aufträge gingen an das Callcenter MZ Dialog in Halle (Sachsen-Anhalt), 87 Beschäftigte verloren ihre Arbeit. Dies sind keine Einzelfälle. Im „Vorwärts“ wird SPD-Schatzmeister Dietmar Nietan zitiert: „Ziel muss es sein, die Unternehmen und Verlage so aufzustellen, dass sie aus Umbruchsphasen gestärkt hervorgehen.“ Und weiter: „Dass es dabei zu Konflikten zwischen der Notwendigkeit zu modernisieren und dem Erhalt von Arbeitsplätzen kommen könne, gab der SPD-Schatzmeister offen zu. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass auch die ddvg Rendite erwirtschaften müsse, um in neue Technik, neue Geschäftsbereiche und damit die Zukunftsfähigkeit zu investieren. ‚Den Tiger reiten, nicht sich ihm ergeben‘, nannte Nietan das.“

Link zum „Vorwärts“:

<http://tinyurl.com/zwj7n7r>

Zeit online & Zeit digital Berlin:

Klare Absage des Arbeitgebers!

Am 14. Dezember fand die zweite Tarifverhandlung von ver.di, DJV und JVBB mit der Geschäftsführung der ZEIT Digital GmbH/ ZEIT Online GmbH für einen Tarifvertrag statt.

Die Arbeitgeber haben dabei lediglich „Eckpunkte“ eines Angebots vorgelegt, aber die Gewerkschaftsforderung nach einer Angleichung der Gehälter an Hamburger Bedingungen abgelehnt. Die „Eckpunkte“ der Geschäftsführung bedeuten, dass bis Ende 2017 keine „strukturellen Kostensteigerungen“ erfolgen sollen. Dies bedeutet, jenseits der Betriebsvereinbarung keine Gehaltserhöhungen. Ein Tarifvertrag soll erst zum 1. Januar 2018 in Kraft treten. Die Arbeitgeberseite will lediglich zwölf Gehälter zahlen, aber kein Weihnachts- oder Urlaubsgeld. Die Arbeitszeit soll 40 Stunden in der Woche betragen, anstatt 35 Stunden pro Woche laut Tarif für die Angestellten. Laut Tarif müssten in der Redaktion 35 Stunden pro Woche gearbeitet werden. Abgelehnt wurde auch eine Eingruppierung nach den Tarifver-

trägen, die Anerkennung von Volontariat, Ausbildung und Studium bei den Berufsjahren.

Ab dem Jahr 2018 soll das Vergütungssystem für die Beschäftigten gelten, aber ohne Zusage von Gehaltssteigerungen. Zu einer generellen Entfristung der Studierenden ist die Arbeitgeberseite nicht bereit, jedoch wurde Gesprächsbereitschaft signalisiert über individuelle Vertragsverlängerungen im Rahmen der Studienzzeit.

Die Geschäftsführung lehnt es damit ab, die Gehälter an die Hamburger Bedingungen, ZEIT Online und Zeitverlag, anzugleichen. Dort werden 100 Prozent des Niveaus der Tarifverträge der Zeitschriftenbranche gezahlt.

Das magere Angebot enttäuscht die Erwartungen der Beschäftigten. Trotzdem werden die Gewerkschaften am 29. Januar wieder verhandeln, mit der Hoffnung, auf ein besseres und klarer beziffertes Angebot.

Link zur dju Berlin-Brandenburg:
www.dju-berlinbb.verdi.de

DuMont Schauberg:

Weitere Kündigungen!

Das Kunden-Service-Center in Köln soll zum 1. Juli 2016 geschlossen werden.

Die Kolleginnen und Kollegen dort kümmern sich um die „schwierigen“ Fälle der Abo-Rückgewinnung, die das Callcenter in Halle nicht lösen kann, sowie um die Betreuung der Großkunden. Die Aufgaben sollen zukünftig von DuMont Dialog (Halle) übernommen werden. Weiter ist geplant, die Abteilung Anzeigenherstellung (Brückenkopf) in Köln zu schließen. Die Steuerung der Anzeigen für die Kölner Zeitungen und die dazugehörige Qualitätskontrolle soll Mitte 2016 auf die Firmen MZ Satz, DuMont Media Service und DuMont Blattplanung übertragen werden.



Foto: mds-VL

ver.di-Vertrauensleute im Netz:

<http://tinyurl.com/olnhnqc>

Infoseite zu DuMont Schauberg:

<https://dumontschauberg.wordpress.com>

Rechtsextremismus:

Nazigegner wehren sich

Vier gegen Rassismus und Neonazis engagierte Personen aus dem Raum Nürnberg sind aktuell mit Todesdrohungen konfrontiert. Entsprechende an sie adressierte Emails des Absenders nationalsozialistenfranken@mivu.in verweisen auf Internetadressen mit fingierten Todesanzeigen eines File-Sharing-Servers.

Betroffen sind nach bisheriger Kenntnis die Nürnberger Sozialwissenschaftlerin Birgit Mair (ISFBB e.V.), der Gewerkschaftssekretär Ulli Schneeweiß (ver.di), der BR-Journalist Jonas Miller sowie der ehemalige Mitarbeiter von Endstation Rechts-Bayern und heutige

Geschäftsführer der Nürnberg-SPD, Rüdiger Löster. Den Betroffenen wird zunächst in den individuell gehaltenen Mails angeraten, sich als Gegendemonstrant nicht zu übernehmen und auf die Gesundheit zu achten oder ganz direkt mit dem Tode gedroht. Die fingierten Todesanzeigen selbst lassen ebenfalls an Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig.

Alle haben Strafverfolgungsantrag bei Staatsanwaltschaft und Polizei gestellt.

Weitere Informationen von ver.di-Nürnberg:

<http://tinyurl.com/zjbfqf>

MZ: Verhandlung geplatzt

Die Verhandlungsrunde zu einem Haustarif beim Mittelbayerischen Verlag in Regensburg hatte am 14. Dezember kaum begonnen, da war sie schon zu Ende. Der externe Verhandlungsführer der Arbeitgeberseite, Rechtsanwalt Dr. Weberling, erklärte BJV und ver.di/dju überraschend und unmissverständlich das Scheitern der Verhandlungen um einen Haustarifvertrag für Redaktion und Verlag. ver.di wird den Mitgliedern über die Folgen und nächste Schritte beraten.

Vor vier Jahren war der Verlag aus der Tarifbindung geflohen, seither wurde über einen Haustarif verhandelt. Dr. Weberling, als externer Verhandlungsführer der Verlagsleitung engagiert, wollte in Regensburg einen „revolutionären“ neuen Tarifvertrag durchsetzen: Gültig gemeinsam für Verlag und Redaktion, mit weniger Tarifstufen (und somit deutlichen Einkommensverlusten). Ein weiteres zentrales Element waren vom Unternehmensergebnis (EBITDA) abhängige Einkommensbestandteile. Nach langen Verhandlungen sollte die auf zwei Tage angesetzte Schlussverhandlungsrunde beginnen, nachdem in vielen Einzelpunkten Einigung erzielt wurde. Offenkundig aber wollte die Geschäftsführung Satisfaktion für die öffentliche Aufmerksamkeit um die skandalöse Betriebsstillegung und Kündigung von elf Kollegen bei der Tochterfirma Druckservice Regensburg. Zuletzt hatten sich auch 22 Stadträte mit kritischen Worten an den Verleger gewandt.

Link zum ver.di-Landesfachbereich Bayern:
www.medien-kunst-industrie-bayern.verdi.de

Link zu Regensburg digital, mit ausführlichen Infos zum Konflikt um die MZ-Drucktochter:
www.regensburg-digital.de

Twitter-Tipps



Fachgruppe
Verlage, Druck
und Papier:
@vdp_in_verdi
die dju:
@djuverdi
Tarifinfos:
@tarif_medien

Impressum

Der Verlagsnewsletter ist eine Publikation der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft Bundesfachbereich 8

**Bereich Medien, Paula-Thiede-Ufer 10
10112 Berlin**

**V.i.S.d.P.: Matthias von Fintel
Tarifsekretär Medien
Redaktion: Silke Leuckfeld
<http://tinyurl.com/o2jwqhg>**

DIE STÄRKE VON VER.DI WÄCHST MIT JEDEM MITGLIED – DER BEITRITT LOHNT SICH.
<https://mitgliedwerden.verdi.de/>